

Anhörung der BT-Fraktion 27. Mai 2011
Ausführungen des Vorsitzenden des OWUS-Dachverbands Dr. Rolf Sukowski (Disposition)
Forum II „Wirtschaftskraft und Wirtschaftslast gerecht verteilen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst möchte ich der Bundestagsfraktion danken, dass sie uns heute die Möglichkeit gibt, einige Aspekte der Rolle der KMU zu erörtern. Zugleich gestatte ich mir darin zu erinnern, dass es ein Vorschlag unserer Mitgliederversammlung im Frühjahr 2010 war, eine solche Anhörung durchzuführen.

Worin sehen wir die Verantwortung der LINKE gegenüber den kleinen und mittleren Unternehmern? Gregor Gysi hat die LINKE im Bundestag als die wahre Partei des Mittelstands bezeichnet. Dieses Land braucht tatsächlich eine Partei, die für die Millionen kleinsten und kleinen Unternehmer, für die Solo-Selbständigen und Scheinselbständigen eintritt. Und diesen Anspruch werden wir als OWUS gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften Linker Unternehmerinnen und Unternehmer ständig gegenüber den Vertretern der Partei DIE LINKE geltend machen. Klaus Ernst hat im April vorigen Jahres vor Gewerkschaftern erklärt, dass „eine LINKE, die keine Anerkennung in der organisierten Arbeitnehmerschaft hat, ... eine Sekte“ wäre. Ich habe ihm daraufhin erwidert, auch eine LINKE ohne Unterstützung unter den Unternehmern wird zur Sekte. Nach kurzem erstaunten Nachdenken widersprach er dem nicht.

Die Kombination „Linker Unternehmer“ wird noch von einigen in der Partei und auch in den Gewerkschaften als Widerspruch empfunden. Unternehmer = Kapitalist = Ausbeuter – diese Wortfolge unterliegt anscheinend noch nicht überall einer differenzierten Betrachtung. Wenn dann eine Forderung verkündet wird: „Statt Schuldenbremse brauchen wir mehr Steuern von Reichen und Unternehmern. Wer die Krise mit zu verantworten hat, soll auch dafür zahlen“ dann kann ich nur mit einer asiatischen Weisheit antworten – versucht mal einem Frosch Blut anzunehmen! Die Millionen kleinsten und kleinen Unternehmer, die Solo-Selbständigen und in die Scheinselbständigkeit gezwungenen haben mit Sicherheit die Krise nicht verursacht und sind nicht für Fehlentwicklungen in diesem Wirtschaftssystem verantwortlich. Prekäre Erwerbstätigkeit ist kein Merkmal abhängiger Beschäftigung mehr. Der Anteil der Selbständigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.100 Euro ist zwischen 1995 und 2005 von 24 Prozent auf 32 Prozent gestiegen¹. Und diesen Unternehmern muss die Partei die LINKE eine Antwort geben. Die so genannten Volksparteien kümmern sich um die Großkonzerne und den gehobenen Mittelstand, adäquat ist das Spendenaufkommen aus diesen Kreisen. Die Grünen dürften wohl auch eher in diesem Milieu anzusiedeln sein, als bei den Kleinunternehmen. Bei den letzten Wahlen in Brandenburg haben 65.000 Unternehmer links gewählt, bei der Bundestagswahl waren es über 350.000 – so die Wahlleiter in ihrer Statistik. Und da steht natürlich die Frage im Raum: Partei DIE LINKE – wie hältst Du es mit diesem Wählerpotential. Wie schafft es die Partei, das Kompetenzfeld soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Kompetenz zu verbinden? Und da reicht es nicht aus, wenn am Wahlsonntag die Spitzenkandidatin der LINKE zur Bremer Bürgerschaft im ZDF erklärt, wir sind die Partei für die armen Bürger Bremens. Und das ist der Punkt wo unsere konstruktive Kritik ansetzt – die LINKE wird wahrgenommen als die Partei der Verlierer und Unterdrückten. In Bremen hat sie aber auch in sozialen Brennpunkten Stimmen verloren. Sie wird nicht wahrgenommen als eine Partei, die mit Kompetenz Vorschläge unterbreitet, die wirtschaftlichen Bedingungen so zu verändern, dass eine tatsächliche Verbesserung der Situation eintritt. Protest allein reicht nicht aus! Es bedarf konkreter umsetzbarer Vorschläge, für die eine Mehrheit organisiert werden kann.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat die LINKE Sozialkompetenz, aber keine Wirtschaftskompetenz. Kürzlich las ich in einem Beitrag aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine interessante Definition für Wirtschaftskompetenz – Wirtschaftskompetenz wird gleichgesetzt mit Nähe zu den Vertretern wirtschaftlicher Macht! Allein diese Nähe bringt wirtschaftliche Kompetenz zum Ausdruck. Wenn dem so ist, dann hat die LINKE zum Glück tatsächlich keine Kompetenz. Definiert man Wirtschaftskompetenz jedoch als Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge, als Eintreten für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens und für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft usw.

¹ Zitiert in Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2009 Rz. 55, S. 79

dann brauchen wir uns doch wohl mit der in der Praxis bewiesenen Kompetenz von Oskar Lafontaine, Christa Luft, Ralf Christoffers, Helmut Holter, Helmuth Markov, Harald Wolf, um nur einige Namen zu nennen, nicht zu verstecken.

Welche Erwartungen hat OWUS als Interessenvertreter der kleinen Unternehmen an die LINKE und ganz speziell an die gewählten Vertreter in den Parlamenten, unabhängig davon ob Regierungspartei oder Opposition, ob im Bund, den Ländern oder den Kommunen?

- Ausgehend von Diskussionen am Unternehmerstammtisch in Markkleeberg befasst sich unser Dachverband mit dem Thema der sozialen Absicherung von kleinsten und kleinen Unternehmern. Da erwarten wir eine klare Unterstützung seitens der Bundestagsfraktion. Gerd Beck und Gerald Bindig werden dazu anschließend einiges ausführen.
- Das Thema flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist im Moment politisch nicht durchsetzbar, da die FDP mit geballter Wirtschaftskompetenz dagegen ist. Es ist aber interessant, wie sich teilweise der Wind zu drehen beginnt. Selbst der Arbeitnehmerflügel der CDU setzt seinen Parteivorstand mit diesem Thema unter Druck. Nun sind Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen nicht gleich Bund, aber es gibt Stimmen, die von einem zu Ende gehenden Jahrzehnt der CDU sprechen. Die nächsten Monate werden es zeigen. Bekommen wir nach der Bundestagswahl 2013 den gesetzlichen Mindestlohn oder hat die SPD es bis dahin wieder vergessen. Wenn ja – wo bleiben dann die flankierenden Maßnahmen für die Kleinunternehmer? Lothar Bisky hat sich auf unserer KMU-Konferenz vor anderthalb Jahren dazu bekannt – gesetzlicher Mindestlohn ja – Unterstützung für Kleinunternehmer, die ihn zahlen müssen, auch ja. Aber wie können solche Maßnahmen aussehen? Darauf müssen wir vorbereitet sein. Von den IHK und den Herren Hundt und Co. ist darauf mit Sicherheit keine Antwort zu erwarten. Sie brauchen ihre Wirtschaftskompetenz für die großen Rettungsschirme. Und einige Vertreter der LINKEN sollten vielleicht auch den Wettbewerb um den höchsten Mindestlohn manchmal etwas bremsen. Die Diskussion zur Höhe hat manchmal schon fast den Charakter von Debatten um die Entwicklung des Dax erreicht.
- Ein weiterer Punkt, der uns bewegt, ist die zunehmende Bürokratisierung auch im Unternehmensbereich. Bei allem Verständnis für höhere Effektivität staatlicher Verwaltung, es darf aber nicht alles auf Kosten der Unternehmen erfolgen. Die Beispiele ELENA (Elektronisches Entgeltnachweisverfahren) oder ELSTAM (Elektronische Lohnsteuermerkmale) stehen für solche Bürokratie-Dienstleistungen der Unternehmen. Nicht nur, dass Unternehmen kostenlose Dienstleistungen erbringen müssen, für die Nutzung des Dakota-Programms der Sozialversicherung muss sogar eine Gebühr bezahlt werden. Ab 2012 sollen die Unternehmen nun auch noch den Sozialausgleich durchführen, der aus den Zusatzbeiträgen der Krankenkassen resultiert.
Die dazu notwendigen EDV-Programme werden immer komplexer und damit teurer. Vervollständigt wird dies durch die zunehmende Unsitte, im Verlaufe des Jahres Gesetzesänderungen in Kraft zusetzen, die teure Updates erfordern. Im Dezember d.J. werden neue Tätigkeitsschlüssel eingeführt, die erneut solche Zusatzkosten verursachen werden.

Auch in anderen Bereichen gibt es keine Stetigkeit und Verlässlichkeit der Gesetzgebung. Ich erinnere an das Hin und Her bei der degressiven Abschreibungsmethode oder den Grenzwerten für Geringwertige Wirtschaftsgüter. Auch die Abweggesetzgebung der Finanzverwaltung gehört in diesen Bereich. Wurde ein Urteil des Bundesfinanzhofes oder sogar des Europäischen Gerichtshofes gegen die Finanzverwaltung erstritten, kommt sofort der Versuch, dieses Urteil durch Gesetzesänderungen wieder zu unterlaufen. Die Vertreter der Bundestagsfraktion sollten in den Ausschüssen konsequent gegen diese Tendenzen auftreten und die Wirtschaftsparteien an ihre vollmundigen Bekundungen zur Entlastung auch der kleinen Unternehmen erinnern.

- Kleine und mittlere Unternehmen werden häufig als Einzelunternehmungen geführt. Aber auch kleine GmbHs und Unternehmergesellschaften (haftungsbeschränkt) gehören dazu. Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurde 2009 als die größte Reform des deutschen Handelsrechts seit 1900 gepriesen. Nach Vorlage der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 wäre es angebracht, ein „Reparaturgesetz“ auf den Weg zu bringen. Bei den Einzelkaufleuten wurde durchaus zwischen kleinen und größeren Unternehmen differenziert und die Buchführungspflicht

eingeschränkt. Bei Personen- und Kapitalgesellschaften wird nicht differenziert. Die Ein-Personen-GmbH hat im Prinzip die gleichen Pflichten wie andere kleine Kapitalgesellschaften mit einem Umsatz bis zu 9,7 Mio. EUR bzw. einer Bilanzsumme bis 4,8 Mio. EUR. Da die Steuergesetzgebung der Bilanzrechtsreform nicht folgte, entstehen durch die Einschränkung des umgekehrten Maßgeblichkeitsgrundsatzes zusätzliche Kosten für das Erstellen der Handels und der Steuerbilanz. Gab es früher eine einheitliche Bilanz, sind es heute meist 2 und damit doppelte Abschlusskosten.

Die vereinfachte Buchführung mit Einnahme-Überschuss-Rechnung hat auch ihre Tücken. Das Ausfüllen dieses dreiseitigen Formulars ist fast komplizierter als die Gewinnermittlung nach HGB.

- Als linke Unternehmer und als linker Unternehmerverband haben wir noch eine ganz spezielle Bitte - nicht als Forderung gedacht – an die Fraktionen und die anderen Gliederungen der Partei. Es ist nicht ehrenrührig, als Linker bei Linken zu kaufen! Das hat nichts mit rotem Filz oder Kölschen Klüngel zu tun. Denn ob sie es wahrhaben wollen oder nicht – auch die im politischen Spektrum links angesiedelten Organisationen sind ein Wirtschaftsfaktor und handeln in der Marktwirtschaft als Nachfrager. Sie erwarten politische Solidarität, wir erwarten wirtschaftliche Solidarität - selbstverständlich zu marktüblichen Konditionen. Zu verschenken haben unsere Unternehmen nichts, wenn man aber geistig auf derselben Wellenlänge liegt, lässt es sich vielleicht über einiges leichter sprechen. Dazu gehört aber auch, dass sich Parteimitglieder, die unternehmerisch tätig sind, auch als Unternehmer fühlen und nicht vorrangig nur als die Mitglied der Partei. Ein Gewerkschafter ist und bleibt in erster Linie Gewerkschafter und erst dann Parteimitglied. Ein Unternehmer verschwindet jedoch häufig in der Anonymität der Parteistrukturen. Es gibt seit über 16 Jahren einen linken Unternehmerverband, aber nur wenige parteipolitisch aktive Unternehmer haben den Weg zu uns gefunden. Noch nicht einmal die im Parteibesitz befindlichen Unternehmen haben dies geschafft. Glaubt man den Statistiken von Parteitagern, dann sind auch sehr viele Delegierte selbständig tätig, also Unternehmer.

Noch eine Bemerkung zum Thema der heutigen Veranstaltung. Die LINKE muss sich noch mehr den Belangen der kleinen und mittleren Unternehmer öffnen. Und dazu muss die LINKE nach Verbündeten suchen und die sehen wir in den Gewerkschaften, insbesondere ver.di vertritt die Interessen zahlreicher Solo-Selbständiger. Und Verbündete sehen wir aber auch im Bankensektor. Wenn regionale Kreisläufe und auch solidarische Ökonomie gefördert werden sollen, dann braucht man dazu auch regional verankerte Banken, das sind insbesondere die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisen-Banken. Bei allen Problemen, die es zwischen Unternehmen und Hausbank gibt, es geht nur mit diesen regionalen Banken, nicht gegen sie. Deshalb bin ich auch mit der Kombination im Thema unserer heutigen Anhörung – Rettungsschirm und gemeinsam gegen Finanzhaie nicht sehr glücklich. Das ist aus meiner Sicht eine Verquickung von zwei völlig verschiedenen Zielstellungen, die nur bedingt etwas gemeinsames haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.
Es gilt das gesprochene Wort